

## **Versorgung bei einer Abwahl nach § 66 GO:**

---

Wird eine Bürgermeisterin oder ein Bürgermeister vor Ablauf der Amtszeit nach § 66 GO abgewählt, erhält sie oder er für den Monat, in dem sie oder er aus dem Amt ausscheidet sowie für die folgenden drei Monate noch die Dienstbezüge (§ 4 BBesG).

Im Anschluss daran erhält die (ehemalige) Bürgermeisterin oder der Bürgermeister Versorgung bis zum Ablauf der regulären Amtszeit. Der Versorgungsanspruch endet jedoch vorzeitig bei einem vorherigen Eintritt in den Ruhestand oder der Entlassung. Das Ruhegehalt beträgt während der ersten 5 Jahre 75 v.H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, in der sich der Beamte zur Zeit seiner Abwahl befunden hat (§ 66 Abs. 8 BeamtVG). Die ruhegehaltfähige Dienstzeit erhöht sich dabei um die Zeit, in der die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister Versorgung nach § 66 Abs. 8 BeamtVG erhält.

Nach dem Ablauf der regulären Amtszeit erhält die (ehemalige) Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ggf. eine Versorgung nach den oben dargelegten Grundsätzen.

[Zurück zur Themenübersicht](#)